

Amts- und Anzeigebblatt

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
scriptionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Ver-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

N^o. 146.

33. Jahrgang.

Sonnabend, den 11. Dezember

1886.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen der Handelsfrau **Emma Sophie** verehel. **Häntzschel** gebornen **Träger** in **Schönheide** wird heute am 3. November 1886, Vormittags 1/2 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt **Conrad Landrock** in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 20. December 1886 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf

den 30. November 1886, Vormittags 10 Uhr

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 28. December 1886, Vormittags 10 Uhr

— vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. November 1886 Anzeige zu machen.

Eibenstock, am 3. November 1886.

Königliches Amtsgericht daselbst.

(gez.) **Beckhe.**

Veröffentlicht durch: **Grubbe, Gerichtsschreiber.**

Aus Anlaß der im Laufe des nächsten Jahres stattfindenden allgemeinen Einschätzung zur Einkommensteuer werden zur Zeit Aufforderungen zur Deklaration des steuerpflichtigen Einkommens ausgesendet.

Denjenigen, welchen eine derartige Aufforderung nicht zugesendet werden wird, steht es frei, eine Deklaration über ihr Einkommen bis zum 20. dieses Monats bei dem unterzeichneten Gemeindevorstande einzureichen.

Zu diesem Zwecke werden bei letzterem Deklarationsformulare unentgeltlich verabfolgt.

Was hat das zu bedeuten?

Die stets gut unterrichtete allerwärts-offiziöse „Polit. Kor.“ läßt sich aus Petersburg berichten, der dortige deutsche Botschafter General v. Schweinitz habe an den Minister Tolstoj das Ersuchen gerichtet, Maßregeln zu ergreifen gegen denjenigen Theil der russischen Presse, welcher eine besonders feindselige Sprache gegen Deutschland führt; Tolstoj hat dies Ansuchen mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die Sprache eines Theiles der deutschen Presse gegen Rußland nicht minder gehässig sei.

In gegenwärtiger Zeit, in welcher aus Anlaß und im Zusammenhange mit der dem deutschen Reichstage gemachten Militärvorlage gerüchweise allerhand Befürchtungen laut werden, gewinnt dieser Vorgang eine besondere Bedeutung. Es ist wahr, daß die „thurn-höhe“ Freundschaft, die nach einem Ausspruch des Reichskanzlers zwischen dem deutschen und dem russischen Kaiserthume existirt, so wenig im deutschen wie im russischen Volke voll nachempfunden wird. Der ruhig denkende Theil des deutschen wie des russischen Publikums wird sich sagen müssen, daß zwischen beiden Reichen kaum wichtige Differenzpunkte bestehen, die zu einem Bruch führen können; daß im Gegentheil ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden Staaten eine der sichersten Bürgschaften für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens ist. Andererseits aber ist auch nicht zu leugnen, daß die panslawistische Idee eine Gefahr für Europa ist. Die Russifizierung der Ostseeprovinzen muß in Deutschland unangenehm berühren; aber heutzutage ringt nun einmal überall das Nationalitätsprinzip nach Geltung. Deutschland will sein Gebiet deutsch machen, daher die Germanisirungsbestrebungen Preußens in seinen polnischen Provinzen; daher die Freude über den stetigen, wenn auch langsamen Fortschritt des Deutschtums in Elsaß-Lothringen und in Nordschleswig. In eben derselben Weise möchte Rußland sein gesamtes Gebiet russisch machen — wir müssen das von unserem Standpunkt aus lebhaft bedauern, wir mögen den Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen unser wärmstes Mitge-

fühl widmen — aber die Berechtigung der russischen Staatsräthen dürfen wir nicht leugnen.

Das russische Volk, soweit es für uns in Betracht kommt, fühlt sich durch die Haltung Deutschlands auf dem Berliner Kongreß verletzt, durch welche Rußland theilweise um die Früchte des Friedens von San Stefano gekommen ist. Rußland hatte 1870 Deutschland den Rücken gekehrt und zeigt nun Deutschland der Undankbarkeit; vom russischen Standpunkt aus mit einigem Recht. Nur muß man in Betracht ziehen, daß, wenn Deutschland 1878 anders gehandelt hätte, ein allgemeiner europäischer Krieg die Folge gewesen wäre und in diesem Kriege hätte Rußland keine Bundesgenossen gefunden. Darum hat Deutschland damals das für Rußland überhaupt Erreichbare zugestanden, dasjenige aber, was darüber hinausging, auch seinerseits abgelehnt.

Nach dem letzten russisch-türkischen Kriege begann die nihilistische Agitation in Rußland im großen Stile; Czar Alexander der Zweite wurde das Blutopfer derselben; seit jenem verruchten Morde staute die nihilistische Hochfluth zurück und die panslawistische trat an deren Stelle. Der Name des Generals Stobelew ist noch im Gedächtnis aller; Stobelew war nicht der erste, aber am lautesten. Er richtete seine Angriffe gegen ein befreundetes Land; in jedem andern Staate wäre er unmöglich geworden; in Rußland erfuhr er nach seinen maßlosen Hebereien die Auszeichnung, daß auf kaiserlichen Befehl ein Kriegsschiff nach ihm benannt wurde. „Der Deutsche ist der Feind!“ Das gilt leider bei den Russen als Glaubenssatz und wird in der panslawistischen Presse in allen Tonarten wiederholt. Rechnet man hierzu noch die Grenzschereien und Zollpladereien, sowie die Entrüstung, die durch die Entthronung des Battenbergers und die Handlungsweise Kaulbars' in Deutschland wachgerufen wurde, so wird man es erklärt finden, daß die deutsche Presse im allgemeinen mit Rußland nicht allzuglänzlich verfährt. Sie ist aber weit davon entfernt zu „hagen“ oder gar einem Kriege gegen das Czarenreich das Wort zu reden.

Ganz anders die panslawistischen Zeitungen! Diese

Gleichzeitig werden alle Vormünder ingleichen alle Vertreter von Stiftungen, Anstalten, Personvereinen, liegenden Erbschaften und anderen mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Vermögensmassen aufgefordert, für die von ihnen bevormundeten Personen beziehentlich für die von ihnen vertretenen Stiftungen, Anstalten u. s. w., soweit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen haben, Deklarationen bei dem unterzeichneten Gemeindevorstande auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugehen sollten.

Schönheide, am 8. Dezember 1886.

Der Gemeindevorstand.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des unterzeichneten Gemeinderaths vom 29. November 1886 wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die diesjährigen Gemeinderathsergänzungswahlen

Montag, den 20. Dezember 1886

stattfinden, dergestalt, daß

- Vormittags von 10 bis Nachmittags 1 Uhr** die stimmberechtigten **anässigen** Einwohner, resp. die stimmberechtigten Ehemänner **anässiger** Frauen,
- Nachmittags von 4 bis 7 Uhr** die stimmberechtigten **unanässigen** Einwohner

im Sitzungssaale des hiesigen Rathhauses zu erscheinen haben und von jedem Stimmberechtigten ein zusammengefalteter Zettel abzugeben ist.

Jeder Stimmzettel der **Anässigen** hat die Namen von

- 3 Gutbesitzern
 - 2 Hausbesitzern
- als Ausschüßpersonen,

- 2 Stellvertretern aus der Classe der Gutbesitzer,
- 2 Stellvertretern aus der Classe der Hausbesitzer

in der vorstehenden Reihenfolge zu enthalten, während auf jedem Stimmzettel der **Unanässigen**

- 3 unanässige Einwohner als Ausschüßpersonen,
- 2 unanässige Einwohner als Stellvertreter

in eben geschehener Reihenfolge zu bezeichnen sind.

Schönheide, den 9. Dezember 1886.

Der Gemeinderath.

Haupt.

gehen direkt zum Kriege gegen Deutschland und das mit kurzen Unterbrechungen seit Jahren schon, so daß die Vorstellung des deutschen Botschafters sehr berechtigt ist. In Rußland bedarf es nur einer „Androhung“ oder „Verwarnung“ seitens der amtlichen Presse, um derartige Agitationen unmöglich zu machen. Der Minister Tolstoj weigert sich, eine solche Maßregel zu ergreifen. Die Weigerung in der mitgetheilten Form ist, einem befreundeten Staat gegenüber, mindestens befremdlich und unwillkürlich drängt sich dem gegenüber die Frage auf: „Was hat das zu bedeuten?“

Tagesgeschichte.

— Deutschland. In wie erhebender Weise der Prinzregent von Bayern das Reichsinteresse vertritt, beweist wieder nachstehender Vorfall: Der Prinz empfing am Donnerstag Abend die in Berlin anwesenden bayerischen Reichstagsabgeordneten und sagte, nachdem er jeden einzelnen begrüßt hatte zu allen gewendet, er hoffe, sie würden die baldige Entscheidung der Militärvorlage fördern, sein Wunsch sei die Entscheidung in dem Sinne, in welchem die Vorlage gemacht sei, zum Wohle des deutschen Vaterlandes und des bayerischen Landes und Volkes, welches er über Alles liebe. Der Vicepräsident des Reichstages, v. Franckenstein, erwiderte, die Vorlage würde gewissenhaft geprüft werden, schon wegen der finanziellen Seite, worauf der Prinz-Regent entgegnete, die finanzielle Seite erscheine auch ihm belangreich, dürfe aber bei hochpolitischen Fragen nicht den Ausschlag geben.

— Fürst Bismarck kommt vorläufig nicht nach Berlin! Die „Polit. Kor.“ meldet, der Reichskanzler verbleibe in Friedrichsruhe, weil er es augenblicklich nicht rathsam erachte, die Situation zu enthüllen, im geeigneten Zeitpunkt werde er selbst dazu die Gelegenheit ergreifen. — Auf die Hoffnung, daß Fürst Bismarck in der Militärkommission des Reichstages erscheinen und das Wort nehmen werde, wird also wohl verzichtet werden müssen.